

Position der Sächsischen Staatskanzlei zum Bericht

Die Bürgerdialoge „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ haben eine Vielzahl an Anregungen, Ideen und Vorschlägen hervorgebracht. Sie geben wertvolle Hinweise, wie sich Bürgerinnen und Bürger die Zukunft Sachsens vorstellen.

Ministerpräsident Michael Kretschmer dienten bei seinem Amtsantritt die Ergebnisse des von seinem Vorgänger durchgeführten Dialogprojekts als eine gute Analyse zu den vorrangigen Handlungsfeldern. Einzelne Empfehlungen sind bereits Teil des politischen Handelns in Sachsen.

Das neue Regierungsprogramm „Unser Plan für Sachsen“, das Sie unter www.sachsen.de finden, greift Themen und Vorschläge aus den Bürgerdialogen 2017 auf. Die folgenden Beispiele für die identifizierten Handlungsfelder verdeutlichen dies:

Bildung

Bildung als Schlüssel für eine gute Zukunft Sachsens und jedes Einzelnen kam in den Bürgerdialogen das mit Abstand größte Gewicht zu. Die Staatsregierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer setzt die Bildung ganz oben auf die politische Agenda.

Die Investitionen in die frühkindliche Bildung werden erhöht. Gemeinsam mit Kommunen, Erziehern und Eltern wird ein Qualitätspakt für frühkindliche Bildung erarbeitet. Für die Kinderkrippen verbessert sich das Betreuungsverhältnis am 1. September 2018 auf 1 zu 5. Die Kosten, die mit dieser Qualitätsverbesserung verbunden sind, trägt der Freistaat Sachsen.

Mit dem in Höhe von 1,7 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre vom Kabinett beschlossenen Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität in Sachsen“ will die Staatsregierung die Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen

erhöhen. Dazu gehören unter anderem die Möglichkeit der Verbeamtung und besseren Bezahlung der Grundschullehrer. Alle Maßnahmen des Handlungsprogramms finden Sie unter www.bildung.sachsen.de/blog. Darüber hinaus wird die Lehramtsausbildung an den Standorten Chemnitz, Dresden und Leipzig gesichert.

Die Oberschule als Talentschmiede für Fachkräfte und Partner für Handwerk und Mittelstand werden wie auch die berufliche Bildung gestärkt. Die gute Bildungsarbeit wird unterstützt mit einem Schulsozialarbeiter je staatlicher Oberschule. Gemeinsam mit der Wirtschaft soll die Berufsorientierung in Richtung Duale Ausbildung intensiviert werden.

Deutlich gestärkt werden die Medienbildung und Digitalisierung in den Schulen. Das Digitalpaket des Bundes soll dabei unterstützen. Die Staatsregierung wird einen Investitionsplan vorlegen und den Schulträgern ein Angebot zum Breitbandanschluss machen. Lerninhalte und Methoden werden überarbeitet und Lehrer für ein digitales Klassenzimmer fit gemacht.

Die politische Bildung erhält ein stärkeres Gewicht. Grundlage bildet das Handlungskonzept „W wie Werte“ (www.schule.sachsen.de/8539.htm). In den kommenden drei Jahren werden hierfür mehr als eine 1 Million Euro bereitgestellt. Kooperationen der Landeszentrale für politische Bildung mit Partnern wie den Volkshochschulen werden unterstützt.

Gesundheit, Alter, Pflege

Gesundheit und Pflege ist für die Teilnehmer an den Bürgerdialogen ein wichtiges Thema. Mit dem neuen Regierungsprogramm werden Maßnahmen zur Stärkung einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung auf den Weg gebracht.

Die Staatsregierung nimmt den im Bürgerdialog vorgeschlagenen Bündnisgedanken auf. Sie wird ein Angebot für ein Bündnis an die Selbstverwaltung mit dem Ziel „Gut medizinisch versorgt in Sachsen“ richten.

Das „20-Punkte-Programm“ des Sozialministeriums für eine bedarfsgerechte hausärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten im Freistaat Sachsen wird weiterentwickelt. Neue Maßnahmen zur guten medizinischen Versorgung werden in Modellregionen erprobt.

Im Bereich der Pflege wird für eine zielgerichtete Weiterentwicklung in den Regionen ein Pflegedialog gestartet. Ideen aus den Bürgerdialogen bieten hier Impulse. Das Ziel besteht darin passgenaue regionale Lösungen zu finden. Regionale Pflegebudgets werden in Form einer Pauschale bereitgestellt. Der Freistaat unterstützt Netzwerke für pflegende Angehörige und die Arbeit von Pflegekoordinatoren in den Landkreisen und großen Städten.

Alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser sowie Maßnahmen zur barrierefreier Mobilität werden gefördert.

Bei der Rente setzt sich die Staatsregierung für die Anerkennung der Lebensleistung und den Schutz vor Altersarmut ein. Die Forderung im Bürgerdialog nach einer Grundrente, die über dem Sozialhilfeniveau liegt, wurde im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene aufgegriffen. Die Staatsregierung wird die Umsetzung eng begleiten.

Sozialer Zusammenhalt, Engagement, Ehrenamt

Bei allen Veranstaltungen des Dialogprojekts „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ betonten die Teilnehmer die bedeutende Rolle des sozialen Zusammenhalts für die Zukunft Sachsens. Ministerpräsident Michael Kretschmer hat bei seiner Wahl am 13. Dezember 2017 als wichtigstes Ziel den gesellschaftlichen Zusammenhalt genannt. Er möchte gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an diesem Ziel arbeiten.

Die Staatsregierung wird sich für eine Stärkung der demokratischen Kultur, bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts einsetzen. Konkret bedeutet dies unter anderem eine Aufstockung der Ehrenamtspauschale in Höhe von 1,3

Millionen Euro in 2018. Im nächsten Haushalt, der für die Jahre 2019 und 2020 gilt, wird die Summe verdoppelt.

Das Maßnahmenpaket zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements umfasst weiterhin eine Million Euro mehr Mittel für das Programm „Wir für Sachsen“, regionale Ehrenamtsmessen sowie die Gründung eines Landesnetzwerkes „Bürgerschaftliches Engagement“. Außerdem wird die Altersbeschränkung für die Ehrenamtskarte aufgehoben.

Wirtschaft

Die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsentwicklung war in den Vorbereitungsgruppen und Dialogveranstaltungen ein zentrales Thema. Der Freistaat Sachsen wird seine Anstrengungen bei der Standort- und Innovationspolitik erhöhen. Vereinfachungen von Förderverfahren werden erarbeitet.

Die Fachkräftestrategie „Sachsen 2020“ wird weiterentwickelt. Mit der Neufassung der Mittelstandsrichtlinie sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser unterstützt werden. Als neue Schwerpunkte werden die Fachkräftesicherung und die Digitalisierung von Geschäftsprozessen aufgenommen.

Die Erfahrungen und die Stärke der traditionsreichen sächsischen Industrie sollen mit den Innovationen junger Unternehmen und Start-ups besser zusammengebracht werden. Die bisherige Förderung im Gründungsbereich soll in einem Modellprojekt um eine Förderung analog dem „BAföG“ als zinsloses Darlehen zur Existenzsicherung während der Gründungsphase ergänzt werden. Freistellungen von Berichtspflichten werden geprüft.

Forschung

Forschung und Entwicklung sind ein Magnet für Sachsen. Sie ziehen kluge Köpfe an, die hier Innovationen voranbringen wollen. Strategische Investitionen in Hochschulen, Forschung und Technologietransfer haben einen hohen Stellenwert.

Die Investitionen in Hochschulen, Forschung und Technologietransfer wird die Staatsregierung fortsetzen und die hohe Investitionsquote im Haushalt beibehalten.

Bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene haben sich die sächsischen Vertreter dafür eingesetzt, dass insbesondere in den neuen Ländern die unternehmerische Innovationskraft gestärkt wird. Mit einem Programm „Innovation und Strukturwandel“ sollen zielgenaue Förderinstrumente entwickelt werden. Besonders die Innovationskompetenz an regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Vernetzung von Innovationsakteuren vor Ort sollen unterstützt werden.

Infrastruktur

Die von den Teilnehmern dargestellte Bedeutung einer modernen Infrastruktur für die Wirtschaft und das Leben im ländlichen Raum wird geteilt. Das neue Regierungsprogramm sieht vor, die Infrastruktur weiter auszubauen und die Mobilität zu verbessern.

Die Staatsregierung wird den Zugang zu leistungsfähigem Internet gerade für die ländlichen Räume vorantreiben. Dazu werden unter anderem finanzielle Förderungen des Breitbandausbaus weiter verbessert.

Damit es auf der Straße im ländlichen Raum schneller vorangeht, wird die Staatsregierung die Investitionen in die Staats- und Kommunalstraßen verstärken. Dafür stehen in diesem Jahr 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Mit Blick auf den Schienenverkehr wird der Freistaat Sachsen sich verstärkt gegenüber der Deutschen Bahn für wichtige Verbindungen wie zum Beispiel den Strecken Chemnitz-Leipzig und Dresden-Görlitz einsetzen.

Die Ergebnisse der ÖPNV-Strategiekommission, die auch Ideen aus den Bürgerdialogen teilen, liegen seit Ende 2017 auf dem Tisch. Mit dem Schwerpunkt ländlicher Raum soll gemeinsam mit den Verkehrsverbänden und der kommunalen Ebene an der Umsetzung gearbeitet werden, wie zum Beispiel die Einführung eines

Bildungstickets, der Aufbau eines landesweiten Busnetzes und ein „Sachsentarif“ für den besseren Übergang zwischen den Verkehrsverbänden.

Radverkehr ist ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil der Mobilitätspolitik. Die Staatsregierung wird bis 2019 alle rund 550 km Radwege der höchsten Priorität beauftragen. Die Radverkehrskonzeption wird fortgeschrieben und den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Voraussetzungen für den kommunalen Radwegebau werden weiter verbessert.

Innere Sicherheit

Mit Blick auf die innere Sicherheit wird die Staatsregierung mehrere Maßnahmen, die auch in den Bürgerdialogen gefordert wurden, auf den Weg bringen. Die Arbeit der Polizeibeamten ist wertvoll und soll mehr Würdigung erfahren. Der Abbau von Polizeistellen wird gestoppt. Die Präsenz der Polizei in der Fläche wird erhöht. Dafür werden derzeit 1.000 neue Polizisten zusätzlich ausgebildet, die beginnend ab 2019 in den Einsatz kommen. Sicherheitskooperationen zwischen Polizeidienststellen und Gemeinden werden ausgebaut.

Die Befugnisse der Polizei und der kommunalen Polizeibehörden werden an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Ein neues Polizeigesetz, mit dem die Polizei die Bürger noch besser schützt, ist in Erarbeitung. Sogenannte „Gefährder“ sollen schneller abgeschoben und gegen Personen mit islamistischem oder salafistischem Gefahrenpotenzial soll konsequent vorgegangen werden.

Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wird gestärkt. Die Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Justizvollzug erhalten mehr Personal. Straftaten sollen konsequent verfolgt und zügig geahndet werden. Angriffe auf Polizisten, Gerichtsvollzieher und Rettungskräfte sind mit aller Härte zu begegnen.

Die Freiwilligen Feuerwehren – ein Anliegen in den Bürgerdialogen – werden stärker unterstützt. Sie sollen für ihren Dienst die modernste Technik haben und bestmöglich ausgebildet sein. Die Staatsregierung wird dafür in den kommenden fünf Jahren über

200 Millionen Euro bereitstellen und damit die Mittel für die Feuerwehr verdoppeln. Zudem wird eine unbürokratische Feuerwehrrauschale eingeführt und zwar als Zuwendung an die Gemeinden, um zusätzliche Anreize zur Neugewinnung von Feuerwehrleuten zu schaffen.

Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration

Die Flüchtlingskrise 2015/16 war eine besondere Herausforderung für unser Land. Aus der Sicht der Staatsregierung bleibt es eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung, in der Migrationspolitik einen Beitrag zur gesellschaftlichen Befriedung zu leisten. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD enthält dafür eine Reihe von Maßnahmen.

Neben dem Grundrecht auf Asyl spricht sich Ministerpräsident Michael Kretschmer dafür aus, abgelehnte Asylbewerber konsequent und schneller abzuschicken. Von Seiten der neuen Bundesregierung sind Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verhandeln. Gleichzeitig wird die Staatsregierung ihren Einsatz für die Entwicklungshilfe fortsetzen.

Integration in einem umfassenden Sinn ist und bleibt eine große Aufgabe. Bedeutend für die erfolgreiche Integration ist die sprachliche und kulturelle Bildung. Die Staatsregierung fördert Projekte und Maßnahmen, die zur sozialen Integration und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund beitragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sie wird ein Modellprojekt zur besseren beruflichen Vorbereitung von Flüchtlingen über 18 Jahren, die nicht mehr schulpflichtig sind, auf den Weg bringen.

Die Staatsregierung befürwortet den Vorschlag vieler Teilnehmer der Bürgerdialoge für eine gezielte Zuwanderung zur Fachkräftesicherung und damit zur Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Sachsens. Als richtiger Schritt hierzu wird die von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte Regelung einer gesteuerten Einwanderung für Fachkräfte angesehen.

Entwicklung ländlicher Raum

Gemeinschaftssinn, sächsischer Unternehmergeist und attraktive Landschaften prägen den ländlichen Raum. Die neue Staatsregierung setzt sich für einen attraktiven, innovativen und lebenswerten ländlichen Raum ein. Als erste Maßnahme wird das Programm „Vitale Dorfkerne“ in diesem Jahr und den kommenden zwei Jahren jeweils um 5 Millionen Euro aufgestockt.

Die Anregungen und Hinweise aus den Bürgerdialogen haben mit den Anstoß für einen „Ideenwettbewerb ländlicher Raum“ gegeben. Für den Wettbewerb werden 5 Millionen Euro bereitgestellt. Engagement und Initiativen vor Ort, die in den Dörfern und Städten im ländlichen Raum Zukunft und Zusammenhalt geben, sollen damit angeschoben werden.

Zudem wird die Staatsregierung in 2018 einen Masterplan Ländlicher Raum vorlegen. Dabei werden alle Themen des ländlichen Raums, wie beispielsweise Wirtschaft, Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung, Sicherheit oder Ehrenamt beleuchtet. Das Kabinett wird die Eckpunkte des ressortübergreifenden Strategie-papiers Ende März beraten. Der Masterplan soll im Sommer 2018 in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden.

Familienpolitik

Familie ist der Ort, wo dauerhaft und generationenübergreifend Verantwortung und Fürsorge füreinander übernommen werden. Die Forderung aus den Bürgerdialogen nach einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft entspricht dem Grundsatz der sächsischen Familienpolitik.

Viele familienpolitische Maßnahmen sind durch den Bund vorgegeben. Die Staatsregierung unterstützt die Maßnahmen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Dazu gehören unter anderem die Erhöhung des Kindergeldes und die Anerkennung der Erziehungsleistung bei der Rente.

Die Staatsregierung wird sich in Ergänzung zu den Leistungen des Bundes weiterhin dafür einsetzen, bessere Rahmenbedingungen für Familien in ihrer Vielfalt zu schaffen und Familien mit Kindern zu fördern. Wer Kinder bekommt und erzieht, braucht Unterstützung. Informationen zu staatlichen Leistungen und Hilfen für Familien, Alleinerziehende und Eltern mit behinderten Kindern sind abrufbar unter www.familie.sachsen.de/7425.html.

Umwelt- und Klimaschutz

Die Umweltsituation im Freistaat Sachsen hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbessert. Dies liegt keineswegs nur an den Maßnahmen der Kommunen und des Landes, sondern auch daran, dass der Umweltschutz fest im Bewusstsein der Bürger verankert ist. Ein breites ehrenamtliches Engagement etwa im Naturschutz belegt dies eindrucksvoll. Zudem misst Sachsen dem kooperativen Umweltschutz besonderes Gewicht bei.

Der verantwortungsvolle Umgang mit der Schöpfung bleibt das Leitprinzip der sächsischen Umwelt- und Klimapolitik. Denn auch unsere Kinder und Enkel haben Anspruch auf reine Luft, einen gesunden Wald und sauberes Wasser. Die Staatsregierung ist dabei, die Sächsische Nachhaltigkeitsstrategie der aktuellen Entwicklung anzupassen. Sie setzt sich ein für eine intakte Umwelt und für die Schonung natürlicher Ressourcen.

Geteilt werden die Forderungen im Bürgerbericht, sowohl innovative Ansätze beim Umwelt- und Klimaschutz zu fördern als auch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Einklang mit Mensch und Natur zu verfolgen. Für die Energieversorgung sind aus Sicht der Staatsregierung folgende Entscheidungsfaktoren relevant: Sicherheit, Verlässlichkeit und Wirtschaftlichkeit. Dies ist nur mit der heimischen Braunkohle erreichbar. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat daher mit Augenmaß und frühzeitiger Einbindung der Bürger zu erfolgen.

Den Strukturwandel in den Revieren wird die Staatsregierung weiter eng begleiten. Das mitteldeutsche Revier und die Lausitz sollen Standorte für Industrie und

Zukunftstechnologien sein. Die regionalen Akteure werden dabei eingebunden. Der Koalitionsvertrag des Bundes sieht für regionale Strukturpolitik / Strukturwandel Kohlepolitik einen Förderbetrag von 1,5 Milliarden Euro bis 2021 vor.

Finanzielle Ausstattung der Kommunen

Die Herausforderungen, vor denen Sachsen steht, lassen sich nur gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich gestalten. Die Forderung im Bericht zum Bürgerdialog nach mehr Spielraum bei den Fördermitteln, und diese mit weniger bürokratischem Aufwand einsetzen zu können, nimmt die Staatsregierung ernst. Sie will künftig stärker auf Förderpauschalen setzen. Dadurch sollen die Kommunen mehr Eigenverantwortung bei der Verwendung finanzieller Mittel erhalten und von bürokratischen Anforderungen entlastet werden.

Des Weiteren wird die Staatsregierung die Auswirkungen der Doppik vor allem mit Blick auf kleinere Kommunen evaluieren und in Anlehnung an die Praxis anderer Bundesländer die Rahmenbedingungen vereinfachen.

Die kommunale Finanzausstattung der Kommunen wird gestärkt: Bereits von diesem Jahr an bis 2020 bekommen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben und Investitionen zusätzlich 90 Millionen Euro. Gemeinden im kreisangehörigen Raum erhalten zusätzlich bis zu 70.000 Euro pro Jahr. Jede Gemeinde entscheidet selbst, ob sie in den Kindergarten investiert oder die Schule, bei einer Grünanlage oder einem sozialen Projekt.

Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft

Die Teilnehmer an den Bürgerdialogen 2017 zeigten, dass ihnen Sachsen am Herzen liegt und sie bereit sind mitzudiskutieren, wie unser Freistaat weiter vorangebracht werden kann. Für Ministerpräsident Michael Kretschmer waren die vielen Anregungen und Empfehlungen eine gute Grundlage für die Erarbeitung des neuen Regierungsprogramms.

Nicht alle – teils von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern vorgebrachte – Vorschläge konnten in das Regierungsprogramm einfließen. Da die Entwicklung des Freistaates Sachsen ein dauerhafter Gestaltungsprozess ist, bedarf es weiterhin guter Ideen und viel Tatkraft für unseren Freistaat.

Den Wunsch vieler Teilnehmer, mehr über Politikinhalt und Zukunftsgestaltung zu diskutieren, greift Ministerpräsident Michael Kretschmer gern auf. Das im Februar 2018 gestartete „Sachsengespräch“ bietet eine weitere Möglichkeit des Gedanken- und Ideenaustausches. Nähere Informationen finden Sie im Internet unter www.staatsregierung.sachsen.de/das-sachsengespraech-4785.html

„Nur wenn wir gemeinsam anpacken, hat die Zukunft in Sachsen eine Heimat.“
(Ministerpräsident Michael Kretschmer)